

Mitglied werden in der BAG Betrieb & Gewerkschaft

Hiermit beantrage ich meine Mitgliedschaft in der BAG Betrieb & Gewerkschaft gemäß der Bundessatzung der Partei DIE LINKE.

Ich bin Mitglied der Partei DIE LINKE:

Ja Nein

Familienname

Vorname

Straße/Hausnummer

Wohnort und PLZ

ggf. Parteifunktionen

Kreis-/Bezirksverband

Telefonnummer

E-Mail

Unterschrift

Ort, Datum

➔ Bitte per Post, FAX oder Mail einsenden, siehe Kontaktdaten.

& betrieb gewerkschaft

Die BAG Betrieb und Gewerkschaft ist eine Plattform für linke Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter innerhalb unserer Partei. Mit 16 Landesarbeitsgemeinschaften und jährlichen Bundestreffen verfügen wir über eine stabile Struktur.

Wir wollen starke Gewerkschaften und eine starke LINKE. Ebenso wie unsere Partei gewerkschaftspolitische Impulse braucht, um stärker zu werden, brauchen die Gewerkschaften Impulse von links.

Parteiaufbau ist Mitgliederentwicklung, aber auch die Herstellung von Handlungsfähigkeit für jedes einzelne Mitglied ebenso wie für die Gesamtpartei.

Deshalb sagen wir: DIE LINKE darf nicht an der Seite der Gewerkschaften stehen bleiben, sondern muss sich als ihr aktivster Teil verstehen.

➔ Kontakt:

BAG Betrieb & Gewerkschaft, c/o DIE LINKE.
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: +49 30 24009 - 265
Telefax: +49 30 24009 - 480
✉ ag.bg@die-linke.de

V. i. S. d. P.: BAG Betrieb & Gewerkschaft c/o DIE LINKE., Jana Seppelt und Jan Richter. Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin. Druck: WIRmachenDRUCK GmbH, Mühlbachstraße 7, 71522 Backnang. Bild: Pixabay, Jakob Huber (CC BY-NC-SA 2.0)

www.betriebundgewerkschaft.de



NEIN zum BGE- Entscheid

JA zur gemeinsamen Debatte!

DIE LINKE.

BAG Betrieb & Gewerkschaft

NEIN zum Mitgliederentscheid und JA zur gemeinsamen Debatte!

Die BAG Grundeinkommen hat den Parteivorstand aufgefordert, einen Mitgliederentscheid einzuleiten. Es soll darüber abgestimmt werden, ob ein Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) ins Parteiprogramm aufgenommen werden soll.

Wir halten den Mitgliederentscheid für falsch. Er eskaliert eine bislang fair geführte Debatte zwischen Befürwortern und Kritikern. DIE LINKE zieht ihre Stärke aus der Vereinigung unterschiedlicher politischer Traditionen und der Tatsache, dass strittige Punkte so diskutiert werden, dass der Streit stärkt statt spaltet. Nicht ohne Grund hat der Bielefelder Parteitag 2015 mit großer Mehrheit entschieden, die Position zum Grundeinkommen offen zu halten und den Meinungs austausch fortzusetzen. Der Mitgliederentscheid soll eine Entscheidung erzwingen und soll dieser Debatte ein Ende setzen. Deshalb rufen wir auf, mit NEIN zu stimmen: Die Debatte muss offen gehalten werden, für eine Beschlussfassung ist es zu früh.

Wir verstehen die Forderung nach einem emanzipatorischen Grundeinkommen als Vorschlag für eine sozial gerechte und repressionsfreie Gesellschaft. Dieses Ziel teilen wir uneingeschränkt. Und doch lehnen wir den Vorschlag ab, weil wir eine andere Einschätzung zu Charakter, Auswirkung und strategischer Orientierung eines bedingungslosen Grundeinkommens haben.

Charakter

Ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle ist nicht gerecht. Es ist Sozialpolitik nach dem Gießkannenprinzip. Vielmehr muss Gleiches gleich und Ungleiches ungleich behandelt werden. Starke Schultern müssen



mehr tragen als schwache. Geholfen werden muss denen, die es brauchen in Form von Wohngeld, Blindengeld oder Krankengeld. Natürlich ist der Sozialstaat nach den neoliberalen Attacken der letzten 25 Jahre erheblich aus dem Gleichgewicht geraten. Seine Leistungen sind teilweise nicht existenzsichernd und oft mit Repressionen verbunden. Doch anstatt mit einem Grundeinkommen alle gleich zu behandeln und so zu tun, als sei das sozial gerecht, sollte die Auseinandersetzung um den Ausbau des Sozialstaates im Bündnis mit Gewerkschaften, Sozialverbänden und Kirchen offensiv geführt werden.

Auswirkungen

Ein Grundeinkommen würde die Beschäftigten nicht stärken, sondern schwächen. Es würde wie ein Kombilohn wirken und den Niedriglohnsektor ausweiten. Bislang müssen sich Unternehmen bei Lohnzahlungen nämlich an der Höhe der Reproduktionskosten orientieren. Wenn der Staat aber sicherstellt, dass die Menschen durch ein BGE ausreichend Einkommen für Wohnraum, Essen und Kleidung haben, muss der Lohn nicht mehr existenzsichernd sein. Arbeit bekäme den Charakter eines Zuverdienstes. Hinzu kommt: Neoliberale Befürworter des Grundeinkommens sehen dieses als Rammbock, um den Sozialstaat zu zertrümmern. DIE LINKE muss dieser Diskussion mit klaren Positionen

entgegengetreten, statt im Windschatten neoliberaler Diskurse von einer linken Variante zu träumen.

Strategische Orientierung

Für ein existenzsicherndes Grundeinkommen müssten jährlich etwa 1.000 Milliarden Euro mehr mobilisiert werden. Auch wir wollen den unerhörten Reichtum der Millionäre und Milliardäre gerecht zu verteilen, aber gesellschaftliche Umverteilung tritt nicht einfach ein, nur weil man es finanziell durchrechnet und programmatisch beschließt. Umverteilung ist vielmehr das Ergebnis gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse. Die Kampf gegen Steuerschlupflöcher oder die Wiedereinführung der Vermögensteuer zeigt, wie wenig Interesse Reiche und Superreiche an einer solchen Umverteilung haben. Es braucht emanzipatorische Kämpfe, um diese Veränderung durchsetzen. Dazu zählen die Kämpfe um Arbeitszeitverkürzung, eine höhere Personalbemessung in Krankenhäusern, die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit oder die Abschaffung von Hartz IV - all das stärkt die Beschäftigten im Betrieb und kann die Kräfteverhältnisse für grundlegende gesellschaftliche Veränderungen verschieben. DIE LINKE muss sich um betriebliche Verankerung bemühen und diese Kämpfe leidenschaftlich unterstützen.